



Nr. 08 / 09.05.2014

# **Alexander HOFFMANN** *informiert*

---

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

---

## ***Existenzgrundlage für Hebammen muss verbessert werden***

In den zurückliegenden Wochen habe ich zahlreiche E-Mails und Briefe von Hebammen, werdenden Müttern, künftigen Eltern sowie von vielen weiteren Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die sich um die Zukunft der freiberuflichen Hebammen sorgen.

Deren Haftpflichtversicherungsbeiträge sind massiv gestiegen; sie haben sich in den vergangenen zehn Jahren praktisch verzehnfacht. Und sie werden Mitte dieses Jahres erneut deutlich angehoben. Ohne

Haftpflichtversicherung dürfen die Hebammen aber natürlich nicht arbeiten.

Der Anstieg resultiert aber nicht aus einer Zunahme der Schadensfälle – ganz im Gegenteil, sondern aus den steigenden Regressforderungen der Sozialversicherungsträger, der erhöhten Klagebereitschaft der Eltern und den steigenden Schadenssummen. Die Gerichte sprechen den geschädigten Kindern ein immer höheres Schmerzensgeld zu und erkennen auch die langfristigen Pflege-Kosten an.

Der Versicherungsnotstand für die Hebammen drohte sich zwischenzeitlich weiter zu verschärfen: Die Nürnberger Versicherung hatte angekündigt, zum 1. Juli 2015 aus den Versicherungskonsortien auszutreten, welche die Mitglieder des Deutschen Hebammenverbandes und des Bundes freiberuflicher Hebammen versichern. Auf massiven Druck der Bundesregierung hin sprangen nun andere Versicherer ein – allerdings nur bis Mitte 2016.

Und der Preis hoch: Die Prämien dürften noch einmal um ca. 20 % steigen und würden dann statt derzeit 4242 Euro mehr als 6000 Euro pro Jahr



betragen. Die hohen Prämien betreffen jene rund 3500 der gut 17.000 freiberuflichen Hebammen, die Geburtshilfe leisten. Ende April habe ich einige von ihnen besucht und mich vor Ort ausführlich über die Problematik informiert.

Im vergangenen Jahr kam es zur Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Versorgung mit Hebammenhilfe“. In der zurückliegenden Woche nun hat Bundesgesundheitsminister Herman Gröhe uns Abgeordneten den Abschlussbericht dieser Experten-Arbeitsgruppe übersandt. Deren Vorschläge sehen vor, die zum 1. Juli 2014 angekündigten Prämien erhöhungen der Haftpflichtversicherung rasch durch eine Anpassung der Vergütung der Hebammen zu berücksichtigen.

Momentan sollen die Kassen den Prämienanstieg der Hebammen zwar bereits ausgleichen. Das soll mit Zuschlägen je betreuter Geburt geschehen – das ist aber offenbar nicht immer der Fall. Diese Mittel würden Hebammen, welche nur wenige Geburten pro Jahr betreuen, ohnehin nicht ausreichen, um ihre Versicherung zu bezahlen. Diese Hebammen sollen künftig durch einen dauerhaften Sicherstellungszuschlag unterstützt werden.

Der deutliche Anstieg der Schadensersatzansprüche hat zu sprunghaft ansteigenden Haftpflichtprämien der Hebammen geführt. Um die Entwicklung zu

begrenzen, schlägt das Bundesministerium für Gesundheit Maßnahmen vor, um die vereinbarte Versicherungssumme zu stabilisieren. Die interministerielle Arbeitsgruppe hat hierzu diverse Ideen erörtert, etwa den Verzicht auf Regressforderungen. Auf diese Weise könnten sowohl die derzeitigen Haftpflichtdeckungssummen und damit auch der künftige Anstieg der Haftpflichtprämien begrenzt werden. Durch diese faktische Begrenzung der Höchstschäden entstünde zudem wieder eine verlässlichere Kalkulationsgrundlage für die Versicherungswirtschaft.

Trotz aller Vorschläge zur Entlastung der Hebammen muss zugleich selbstverständlich sichergestellt bleiben, dass ein durch einen Behandlungsfehler geschädigtes Kind und dessen Familie auch weiterhin die erforderliche Hilfe und angemessene Unterstützung erhalten.

Fazit: Die Existenzgrundlage der freiberuflichen Hebammen muss verbessert werden. Ich bin davon überzeugt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen eine lohnende Diskussionsgrundlage sind.

Nun gilt es, eine langfristig tragfähige Lösung zu finden, damit die gute und qualitätsgesicherte Versorgung durch Hebammen auch künftig in ganz Deutschland – in Städten wie auch in ländlich geprägten Gebieten – gewährleistet werden kann.

## **Wolfgang Zöller hilft Griechenland bei Gesundheitsreform**

Wolfgang Zöller bleibt im Unruhestand: Seit vergangener Woche hat mein geschätzter Vorgänger eine neue, wichtige Aufgabe: Er wurde von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe zum Beauftragten zur Begleitung der Gesundheitsreformen in Griechenland eingesetzt. Kurz nach Ostern war Gröhe in Athen mit seinem griechischen Amtskollegen Adonis Georgiadis zu zusammengekommen und hatte den früheren Patientenbeauftragten der Bundesregierung offiziell vorgestellt. „Ich freue mich, dass es gelungen ist, einen herausragenden Experten des deutschen Gesundheitswesens für die beratende Begleitung der von der EU, der WHO und der GIZ verantworteten und vom BMG begleiteten Reformprozesse zu gewinnen“, so Gröhe. „Es ist gut, dass Wolfgang Zöller mit seiner Erfahrung eine patientenorientierte Sichtweise einbringen wird. Mir ist wichtig, dass die Reformen ihr Ziel erreichen: Die Effizienz des Gesundheitssystems und damit auch die Qualität der Patientenversorgung zu erhöhen.“ Viel Erfolg, Wolfgang – Du bist genau der richtige Mann dafür!

Herzlichst Ihr



Alexander Hoffmann, MdB



Bundesgesundheitsminister Gröhe zusammen mit seinem griechischen Amtskollegen Georgiadis; dahinter Wolfgang Zöller.